

Antrag

der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Carsten Hübner, Heidi Lippmann-Kasten, Dr. Dietmar Bartsch, Fred Gebhardt, Wolfgang Gehrcke-Reymann, Manfred Müller (Berlin), Dr. Gregor Gysi und der Fraktion der PDS

Soforthilfe, Wiederaufbaumaßnahmen und Entschuldung für Mittelamerika

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Hurrikan „Mitch“ forderte in den mittelamerikanischen Staaten Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador mehr als 30000 Menschenleben, zerstörte in weiten Regionen, insbesondere Honduras und Nicaraguas, die komplette Infrastruktur des Landes, vernichtete 70 % der Ernte und zerstörte die Lebensgrundlage von mehr als drei Millionen Menschen. Es handelt sich um die schlimmste Umweltkatastrophe in dieser Region seit 200 Jahren.
2. Die Naturkatastrophe traf eine der ärmsten Regionen der Erde, die in den vergangenen Jahren durch Bürgerkriege in besonderem Maß betroffen war.
3. Die bisher von der Weltgemeinschaft vereinbarte Hilfe bleibt weit hinter den Erwartungen der Menschen und der Notwendigkeit zurück, eine Verschärfung der Katastrophe durch nachfolgende Epidemien und eine Hungersnot zu verhindern.
4. Die Hilfe für die betroffene Region ist nicht allein ein Gebot der Menschlichkeit; zumindest das Ausmaß der Katastrophe hängt mit Entwicklungen zusammen, die Ergebnis des spezifischen Wachstums- und Entwicklungsmodells der westlichen Hemisphäre sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Die Bundesrepublik Deutschland gewährt für die von dem Wirbelsturm betroffene Region Soforthilfe und Hilfe für Wiederaufbaumaßnahmen von 100 Mio. DM. Sie wirkt im Rahmen der EU und im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft darauf hin, die bisher unzureichenden Hilfen zu erhöhen.
2. Soweit erforderlich werden in Absprache mit den Behörden der betroffenen Länder, mit Hilfsorganisationen und Nichtregierungsorganisatio-

nen vor Ort technische und medizinische Geräte und Transportmittel aus Beständen ggf. der Bundeswehr und des Technischen Hilfswerks zur Verfügung gestellt.

3. Als effizientes Mittel für die erforderliche Hilfe wird die bürgernahe Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen Städten und Städten im Katastrophengebiet und im Rahmen bestehender, von deutscher Seite unterstützter Hilfsprojekte gefördert, wie sie sich in den letzten zwei Jahrzehnten, insbesondere im Rahmen von Städtepartnerschaften mit Nicaragua, entwickelten.
4. Die Auslandsschulden der von der Katastrophe betroffenen Länder werden, soweit die Gläubigerin die Bundesrepublik Deutschland oder eine vom Bund kontrollierte Institution ist, gestrichen.
5. Die Bundesregierung setzt sich im Rahmen multilateraler und internationaler Institutionen dafür ein, daß die Schulden der betroffenen Länder gestrichen werden.

Bonn, den 18. November 1998

Dr. Winfried Wolf
Carsten Hübner
Heidi Lippmann-Kasten
Dr. Dietmar Bartsch
Fred Gebhardt
Wolfgang Gehrcke-Reymann
Manfred Müller (Berlin)
Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Ausmaße der Katastrophe

Nach Angaben des honduranischen Katastrophenschutzbeauftragten wurde das Land um „30 bis 50 Jahre in der Entwicklung zurückgeworfen“; die gesamte Infrastruktur des Landes (Straßen, Brücken, Telekommunikation, Wasserversorgung) gilt als zerstört; in der Hauptstadt Tegucigalpa ist nur noch jeder zehnte Haushalt an die Wasserversorgung angeschlossen.

In dem im vergleichbaren Maß getroffenen Nicaragua kommt zum Elend der Bevölkerung in den Krisengebieten die besondere Notlage der Miskito-Indianer im Norden und an der Atlantikküste.

Katastrophe mitverursacht durch westliches Wachstumsmodell

Die These, die Zunahme der Zahl von Naturkatastrophen der derzeit in Mittelamerika registrierten Art habe etwas mit der Erderwärmung und dem „Treibhauseffekt“, also vor allem mit dem hohen Energieverbrauch und den hohen Emissionen von CO₂ in den OECD-Staaten zu tun, wird von maßgeblichen wissenschaftlichen und politischen Kreisen in unserem Land für

möglich, wenn nicht wahrscheinlich erachtet – siehe z. B. Enquete-Kommission.

Doch auch wenn diese Erklärung verworfen wird, so bleibt als unumstrittener Tatbestand: Die von der Katastrophe heimgesuchte Region ist in starkem Maß von Monokultur in der Landwirtschaft – insbesondere Kaffee, Bananen und Zuckerrohr – dominiert. Dieser Anbau erfolgt fast ausschließlich für den Export in die OECD-Staaten. Ein anderer Teil der Exporterlöse stammt aus der Abholzung der Tropenhölzer, die ebenfalls in die Industrieländer geliefert werden. Monokultur und Abholzung haben die Böden schutzlos der Erosion ausgesetzt, die dünne Erdkrume wird schnell vom Regen weggespült, die Aufnahmefähigkeit der Böden ist stark reduziert. Dies trug dazu bei, daß die Wassermassen zu Überschwemmungen führten. Nach Schätzungen der VN-Ernährungsorganisation FAO hat die Region allein zwischen 1990 und 1995 rd. 2284000 Hektar Wald eingebüßt. Auch die ungleiche Verteilung von Land hat maßgeblich an den Umweltproblemen beigetragen.

Im übrigen wirkt sich für die betroffenen Länder die landwirtschaftliche Monokultur in den nächsten Jahren besonders nachteilig aus. 70 % der Kaffeeplantagen, der Bananenstauden, der Zitrusfrüchte und des Zuckerrohrs gelten als vernichtet. Bananenexporte aus Mittelamerika seien z. B. erst wieder im Jahr 2000 möglich. Damit verliert diese Region schlagartig den größten Teil ihrer Exporteinnahmen.

Zugesagte Hilfe

Die bisher von der Bundesrepublik Deutschland bereitgestellte humanitäre Soforthilfe von insgesamt 9,4 Mio. DM, sowie die für Honduras zugesagten 10 Mio. DM und weitere in Aussicht gestellte 18 Mio. DM für technische Zwecke, müssen als unzureichend gelten. Die USA haben ihre bisher zugesagte Hilfe von insgesamt 6,9 Mio. US-\$ auf inzwischen 70 Mio. US-\$ aufgestockt. Doch allein für Honduras werden die Kosten zum Wiederaufbau der Infrastruktur auf 2 Mrd. US-\$ geschätzt.

Städtepartnerschaften

Im Rahmen der Solidarität mit Nicaragua gab es seit Beginn der achtziger Jahre zwischen den Menschen in Nicaragua und denen in der DDR bzw. in der Bundesrepublik Deutschland vielfältige Kontakte und Projekte der Zusammenarbeit. An ihnen waren auf deutscher Seite u.a. beteiligt die IG Metall und deren Jugend, der SPD-nahe Jugendverband SJD Die Falken, dutzende Nicaragua-Solidaritäts-Komitees, christliche Verbände, die DDR-Verbände FDJ sowie das Solidaritätskomitee der DDR. Einige der in diesem Rahmen aufgebauten Projekte existieren heute noch und werden von deutscher Seite betreut bzw. unterstützt. Das gilt z. B. für das Krankenhaus „Carlos Marx“ in Managua und das Berufsbildungszentrum in Jinotepe in Nicaragua. In einigen Fällen entwickelten sich auch offizielle Städtepartnerschaften, so z. B. Hamburg-Leon, Freiburg-Wiwili, Köln-Corinto, Leverkusen-Chinandega. Um bürokratische Kosten zu vermeiden und Hilfen möglichst schnell und effizient direkt den Menschen vor Ort zukommen zu lassen, ist es sinnvoll, auf diese bestehenden Strukturen zurückzugreifen.

Auslandsschulden

Die von der Katastrophe betroffenen Länder zählen zu den ärmsten der Welt. Sie sind im Ausland hoch verschuldet – die gesamte Auslandsschuld von Nicaragua liegt bei 6 Mrd. US-\$, diejenige von Honduras bei 4,5 Mrd. US-\$ – so daß ein großer Teil der Exporterlöse für den Schuldendienst aufgewandt werden muß. Da die Exporte in den nächsten Jahren als Folge der Katastrophe massiv reduziert werden, werden auch die Auslandsschulden hochschnellen – wenn sie nicht umgehend gestrichen werden.

Einen Sonderfall bilden dabei die Auslandsschulden Nicaraguas. Ein großer Teil derselben stammen aus der Zeit der sandinistischen Regierung und der DDR; die Notwendigkeit ihrer Streichung ergibt sich auch aus dem besonderen Charakter dieser Schulden, von denen die damalige nicaraguanische Regierung nicht annehmen mußte, daß sie in vollem Umfang in westlicher Währung zu begleichen und teilweise zu verzinsen wären.

Eine Streichung der Auslandsschulden der ärmsten Länder der Welt fordern derzeit die Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt und verschiedene christliche Verbände. Als Antwort auf die Katastrophe fordert das Bündnis „Erlaßjahr 2000“ und „Südwind“ die Streichung der Schulden von Nicaragua und Honduras. Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter forderte ebenfalls die Streichung der Auslandsschulden von Nicaragua und Honduras.